Schuldenerlass, Armutsreduktion und die NGO : der Krieg gegen die Armen geht weiter

Autor(en): **Drüssel, Dieter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **19 (1999)**

Heft 38

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652481

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dieter Drüssel

Schuldenerlass, Armutsreduktion und die NGO

Der Krieg gegen die Armen geht weiter

„Ökonomie des Herzens" – diese Formulierung brachte die Nachrichtenredaktion von Radio DRS im Herbst 1999 gleich mehrmals. Ihr engagierter „Drittwelt"-Spezialist war von der Ankündigung der Bretton-Woods-Institute, künftig insbesondere bei den „Hochverschuldeten armen Ländern" (Highly Indebted Poor Countries, HIPC) vermehrt soziale Gesichtspunkte beim Schuldenmanagement berücksichtigen zu wollen, spürbar angetan. [1] Was so viele Erwartungen auslöste, wurde am G7-Treffen in Köln im Juni 1999 beschlossen und an der erwähnten Jahreskonferenz von IWF und Weltbank konkretisiert. Bis 1996 konnten Regierungen des Südens einen Teil ihrer bilateralen Schulden beim Pariser Club der reichen Regierungen um- oder entschulden lassen, wenn sie die IWF-Strukturanpassungsauflagen zwecks „Liberalisierung" der Gesellschaft befolgten. Die Idee, dass verschuldete Länder dadurch wieder zu berechenbar Zahlenden würden, konnte allerdings in vielen Fällen nicht verwirklicht werden. Die G7 bezog deshalb mit der HIPC-Initiative erstmals auch die multilateralen Forderungen von Weltbank, IWF und regionalen Entwicklungsbanken ins Schuldenmanagement ein. Technisches Hauptkriterium für die Qualifizierung im Rahmen der HIPC-Initiative bildet die sogenannte Tragfähigkeit der Schuldenlast, ein schwammiger Begriff, den sich die Weltbankökonomen seit der Schuldenkrise von 1982 erhalten hatten: Ab welchem Verhältnis von Schuldenzahlungen zu Exporterlösen und ähnlichen Faktoren kam es zu Zahlungsrückständen? Politische Voraussetzung für Um- oder Entschuldung bildete die Befolgung der Strukturanpassungsprogramme (SAP) des IWF, im Falle der HIPC-Länder unter der verschärften Modalität der sogenannte *Enhanced Structural Adjustement Facility* (ESAF).

Der IWF setzt im Rahmen von ESAF die zu erreichende Exportlatte stets erdrückend hoch an. Daran ändern auch die Kölner G7-Beschlüsse nichts, die bloss die „Tragfähigkeits-Quote" von Schuldendienst zu Exporterlösen von 25-30 Prozent auf 15 Prozent und jene von Gesamtschulden zu Exporterlösen von 250-280 Prozent auf 150 Prozent senkt. Zusammen mit weiteren Modifizierungen soll nun eine grössere Gruppe innerhalb der nach wie vor einzig in Frage kommenden 41 HIPC-Ländern in den Genuss eines grösseren Entschuldungsbetrages in kürzerem Zeitraum kommen. Damit haben G7 und im September die Internationalen Finanzinstitute Forderungen internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) übernommen. Bisher haben bloss vier Länder einen Erlass im HIPC-Rahmen erhalten. Und der fiel gering aus. Der Fall Uganda etwa, Paradebeispiel sowohl der Finanzinstitute wie auch mancher Schulden-NGO, zeigt Erstaunliches: Von einer Gesamtschuld im Juni 1998 von $ 3.6 Mrd. wurden ganze 11 Prozent ins Schuldenmanagement einbezogen (UDN 1999). Für das Fiskaljahr 99/

00 beträgt der geschätzte Schuldendienst $ 138 Mio. – im Unterschied zu jährlichen $ 160 Mio. vor dem Erlass (UDN). Diese Zahlen beziehen sich auf das Vor-Köln-Regime. Unter den neuen Bedingungen werden die Zahlungsverpflichtungen etwas zurückgehen, allerdings nie in dem Ausmass, das die Kölner Kennziffern erwarten liessen. Da ist von völliger Streichung bilateraler Entwicklungskredite und immerhin von einem bis zu neunzigprozentigem Aufkauf bilateraler Handelskredite und multilateraler Schulden die Rede. Dennoch stellt der scheidende Landesverantwortliche für Nicaragua im IWF dem Land in Aussicht, nach dem dereinstigen „Erlass" unter Kölner Regime mehr an Schuldenzahlungen als 1999 aufbringen zu müssen (Confidencial, 17.10.99, Managua).

Dafür gibt es zwei technische Gründe. Zum einen haben die Regierungen armer Länder meist bloss „prioritäre", das heißt vor allem multilaterale Schulden „bedienen" können. Zum partiellen Schuldenerlass unter HIPC-Regime gehört nun aber die Verpflichtung, künftig den ganzen verbliebenen Schuldenstock abzuzahlen. Zum anderen kommt die von der G7 verordnete *Pre-cutoff-date*-Falle zum Tragen. Danach entschuldet der Pariser Club nur jene Teile der bilateralen Handelskredite, die aufgenommen worden waren, bevor Zahlungsschwierigkeiten den ersten Gang zum Pariser Club erforderlich gemacht hatten. Dies ist meist in den frühen achtziger Jahren erfolgt, der Grossteil der Handelskredite wurde seither aufgenommen. Diese Reformen erweisen sich also als sehr bescheiden. Mehr Begeisterung löst das Kölner Konzept der sogenannten Armutsreduktion aus, von der Weltbank lanciert *als Comprehensive Development Framework*. Zum besseren Verständnis seien einige Fakten in Erinnerung gerufen.

Die USA hatten den Vietnamkrieg mit ihrer Notenpresse finanziert und die dadurch verursachte Inflation via die damalige Funktion des Dollars als fixe internationale Leitwährung exportiert. Dies war Grundlage für die sogenannten Eurodollarkredite der ausserhalb der USA domizilierten Banken, die von den Notenbanken nicht kontrolliert und deshalb billiger waren. Der nächste Deregulierungsschub erfolgte nach dem „Ölschock" 1973: Gigantische Summen wurden dem Süden und den Unterklassen des Nordens via OPEC abgenommen. Während des Wartens auf bessere Renditen in den Metropolen materialisierten sich diese Werte u.a. als billige Kredite nach Lateinamerika. Nach dem zweiten „Ölschock" 1979 bekämpften die US- und die britische Notenbanken die Inflation per Zinserhöhung. Für die Trikontschuldner bedeutete dies eine rasche Verdreifachung der Schuldenlast; die Voraussetzung für den Ausbruch der sogenannten Schuldenkrise von 1982 (Zahlungsmoratorium Mexicos) war geschaffen.

1982 betrugen die Gesamtschulden des Trikonts über $ 500 Mrd. Heute belaufen sie sich auf fast das Vierfache und damit auf den Betrag, den die Trikontregierungen in der gleichen Zeit an Schuldenzahlungen geleistet haben. Die internationale Devisenspekulation schob diese Summe innert 36 Stunden über den elektronischen Tresen. Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe an den Süden betrug 1997 netto $ 47 Mrd., die mörderische Schuldenabzahlung summierte sich im gleichen Jahr auf $ 238 Mrd., davon allein

$ 42 Mrd. auf Kosten der ärmsten Länder. Das neue US-Militärbudget beläuft sich auf $ 268 Mrd. (NZZ, 27.10.99); höher als die Gesamtschuld aller HIPC-Länder oder ganz Afrikas südlich der Sahara (560 Millionen BewohnerInnen). Die 225 reichsten Personen der Welt besitzen, was 45 Prozent der Weltbevölkerung in einem Jahr an Einkommen beziehen (Il manifesto, 22.9.99).

Eric Toussaint (1997) hat zur weiteren Erhellung des Begriffs der Schulden u.a. folgendes zusammengetragen: Im Jahresbericht 1992 beziffert das UN-Entwicklungsprogramm UNDP die Zinsdifferenz für den Süden gegenüber dem Norden im damaligen Schuldenstand von über $ 1 Billion auf $ 120 Mrd (Risikozuschlag). Die Verluste des Südens aufgrund der sogenannten *Terms of Trade*, also des Auseinanderlaufens der Preise für die Austauschprodukte aus dem Norden und dem Süden, belaufen sich nach Aussagen eines Mitgliedes der mittlerweile aufgelösten Nord/Süd-Kommission der UNO auf $ 200 Mrd. pro Jahr; 1992 musste der Trikont über zweimal mehr als 1982 exportieren, um gleich viele Güter aus dem Norden zu kaufen. Das UNDP geht aufgrund der verschärften Einwanderungspraxis im Norden von etwa $ 250 Mrd. Verlust für den Trikont seit Beginn der achtziger Jahre aus. Bei gelockerten Einwanderungsbestimmungen und jährlichen Minimallöhnen von $ 5000 (!) würden pro Jahr etwa $ 200 Mrd. zusätzlich an die Familien zuhause überwiesen.[2] Verluste des Trikonts aufgrund des wachsenden Nordprotektionismus allein bei Industrieerzeugnissen bezifferte das UNDP 1992 auf jährlich $ 75 Mrd. Die lukrativen Kommerzialisierungsketten (insbesondere Flotten) sind fest in der Hand des globalen Kapitals. So bleiben im Trikont nur ca. 10-15 Prozent der im Norden erhobenen Preise auf Exportartikeln hängen. Nach Schätzungen des IWF kam es 1988 allein aus den 13 höchstverschuldeten Ländern zu einer *Kapitalflucht* von $ 180 Mrd. Die BIZ (Basel) bezifferte für 1995 bei einer Trikontverschuldung von $ 1.9 Billionen die Guthaben von Reichen aus den drei Kontinenten im Norden auf $ 970 Mrd., von denen ein Grossteil auf das Konto der Kapitalflucht gehen muss.[3]

Konvergenz der Ziele

Wir haben also bisher festgestellt: Erstens betreffen die HIPC-Entschuldungen trotz wohltönender Angaben real nur einen geringen Schuldenteil. Das steht in keinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Veränderung, die über den Hebel der Entschuldung durchgesetzt wird: die Strukturanpassungsprogramme. Zweitens haben wir eine Ahnung davon gekriegt, dass die Schuldentransfers nur die Oberfläche eines viel gewaltigeren Transfers von oft nicht monetär zu fassendem Reichtum von armen zu reichen Ländern darstellt. Diese bekannten Zusammenhänge hindern aber eine Reihe von Leuten nicht, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Vor allem im Norden arbeiten NGO und politische Gruppierungen emsig mit an Reformvorschlägen für das transnationale HIPC-Management. Dafür stehen etwa Oxfam, die offizielle Jubilee-2000-Kampagne im Norden oder in der Schweiz die Entschuldungsstelle der Hilfswerke.

Ein wichtiges Anliegen ist ihnen, nebst den makroökonomischen auch sogenannte soziale Indikatoren ins HIPC-Management einzubringen. So sollen etwa Budgetmindestsätze für Erziehung und Gesundheit neben die traditionellen Tragfähigkeitskriterien treten. „Mittlerweile hat sich gezeigt, dass allein durch Strukturanpassungsprogramme das Verschuldungsproblem nicht gelöst werden kann. Ziel ist, dass nicht mehr nur die Umstrukturierung der makroökonomischen Faktoren im Vordergrund steht, sondern auch die staatlichen Institutionen und soziale Dienstleistungen verbessert werden müssen..." (Süd-Magazin 9/99) Das ist schon fast komisch, weiss doch auch die Entschuldungsstelle um den dokumentierten Zusammenhang von ESAF und Schuldenzuwachs, den sowohl NGO wie auch die Internationalen Finanzinstitute in ihren Untersuchungen festhalten; und der übrigens, wie der Fall von Uganda nicht überraschend belegt, auch nach dem „Befreiungsschlag" des HIPC-Erlasses nicht zu wirken aufhört.

Organisationen wie Oxfam haben sich ein beträchtliches Fachwissen angeeignet, das ihnen beispielsweise erlaubt, statistische Falschangaben des IWF etwas zu korrigieren.[4] Man hat wie ähnlich ausgerichtete NGO-Netzwerke (Eurodad, Jubilee North u.a.) Vorstellungen für eine HIPC-Reform entwickelt, die zu einem Teil von der G7 aufgenommen worden sind. Die deutsche Erlassjahr-Kampagne sieht deshalb bei aller Kritik an der Kölner Initiative Positives: „Auf den in Washington vorgestellten 'Erweiterten Handlungsrahmen zur Armutsbekämpfung', der Schuldenerlasse und Programme zur Armutsbekämpfung verknüpft, können Kritiker der Politik des IWF in Zukunft verweisen und die Umsetzung der dort benannten Ziele einfordern". Jubilee USA erwähnt in ihrer Kritik der Köln-Initiative „mehrere positive Aspekte der G7-Erklärung zu Schuldenerleichterung", etwa, dass „die G7-Regierungen öffentlich den klaren Zusammenhang zwischen Schuldenstreichung und Armutsreduzierung" oder „die Wichtigkeit der zivilgesellschaftlichen Beteiligung am Entwicklungsprozess" betonen. Vor allem Letzteres dürfte dazu beitragen, dass der eigene Befund kaum für „tragisch" gehalten wird, wonach mit der entschuldbaren Summe von $ 100 Mrd. ungefähr jener Teil behandelt wird, der eh nicht bezahlt werden kann (Jubilee 2000 USA). Eine Zahl, die Eric Toussaint massiv nach unten korrigiert (Ferrari 1999). Auch der IWF hat den Betrag nebenbei schon auf maximal $ 60 Mrd. reduziert. So oder so bleibt der Schuldenberg, was er bisher war: Erpressungsmittel für den realen Transfer von Arm zu Reich.

IWF und Weltbank drücken in mehreren Papieren ihre Genugtuung über die rege Beteiligung von NGO, AkademikerInnen, Kirchengremien am „policy dialogue" über die HIPC-Initiative aus: „In der letzten Zeit haben eine Reihe von Organisationen detaillierte und tiefschürfende Analysen zur HIPC-Initiative ... produziert. Wir wollen bei der weiteren diesjährigen umfassenden Überprüfung darauf aufbauen" (IWF/Weltbank[5]). Verständlich. Beim Lesen der Abschriften der Runden-Tisch-Diskussionen etwa von IWF-Verantwortlichen mit Kevin Watkins, dem HIPC-Guru von Oxfam, wird etwa die Gemeinsamkeit als Differenz erkennbar. Watkins vertritt in aller Selbstverständlichkeit Grundpostulate der Internationalen Finanzin-

stitute wie etwa die Notwendigkeit des PIB-Wachstums als „Mutter aller Entwicklung" oder die grundsätzliche Angemessenheit von Strukturanpassungen des IWF. Und er sieht „Grund für Optimismus. Armutsreduktion figuriert jetzt prominenter als je zuvor auf der ESAF-Agenda – und es gibt einen sich ausweitenden Dialog zwischen dem IWF und einem breiteren Kreis von AkteurInnen. Wir müssen auf dieser Basis aufbauen, um für unsere gemeinsamen Ziele zu arbeiten." (Watkins 1999)

Dass Internationale Finanzinstitute und G7 mit ihrem Rekurs auf die Zivilgesellschaft nicht platt lügen, vermittelt auch das von ihnen portierte Konzept der Armutsreduktion: der magische Punkt, auf den die meisten Schulden-NGO setzen. Sie soll die OECD/UNO-Entwicklungsziele, insbesondere die in der „Entwicklungscommunity" wie ein tibetisches Mantra heruntergeleierte Halbierung der weltweiten Einkommensarmut, bis zum Jahr 2015 ermöglichen. Neben einer intensivierten Zusammenarbeit speziell zwischen Fonds und Weltbank soll es um eine Vertiefung der „Ownership" an den Programmen der Armutsreduktion[6] in den betreffenden Ländern gehen. Weltbank-Präsident James Wolfensohn: „Es ist uns allen klar, dass Ownership wesentlich ist. Die Länder müssen im Fahrersitz sein und die Richtung bestimmen" (1999). Der Sozi von der Bank hilft gleich, falsche Vorstellungen zu vermeiden: „Wo hierfür keine adäquate Kapazität der Regierung besteht, müssen wir ihnen helfen, eine Strategie herzustellen, zu besitzen und umzusetzen ... In einigen Ländern werden lang- und kurzfristige Ziele innerhalb eines Prozesses der von der Regierung geleiteten öffentlichen Debatte mit allen gesellschaftlichen Sektoren definiert werden. In anderen Ländern werden die Ziele weiterhin zentralistischer bestimmt werden". Dennoch wähnen die meisten spezialisierten NGO aus Nord und (teilweise) Süd, im Weltbankkonzept der Ownership die Tugenden weltweiter realer Basisbestimmung vorzufinden. Oder sie tun zumindest so.

Es geht um Zentrales: „Armut", so liess der abtretende IWF-Chef Michel Camdessus unlängst die Gleichgesinnten von der Konrad-Adenauer-Stiftung wissen (vgl. F.A.Z. v. 13.10.99), stelle die „ultimative systemische Bedrohung" dar. Es sei längst bekannt, dass „gesunde monetäre und makroökonomische Politik die Armutsreduktion voranbringen kann. Aber jetzt verstehen wir auch besser, dass die Wirkung auch in der anderen Richtung erfolgt. Damit die Disziplin einer starken Geldpolitik lange genug anhält, um die Inflation zu beseitigen, muss sie in einem Umfeld umgesetzt werden, in welchem integrale Teile der Regierungspolitik sind: der Kampf gegen die Armut, die Anwendung angemessener sozialer Netze ... Indem wir anhaltenden Reformen Legitimität und breit abgestützte Unterstützung gewähren, können diese Sozialmassnahmen entscheidend dazu beitragen, das politische Umfeld zu schaffen, in dem eine gesunde Geldpolitik ihre heilsamen Anstrengungen entwickeln kann und muss" (Camdessus 1999). Deshalb sei die HIPC-Initiative soeben reformiert worden.

Was sagen Wolfensohn und Camdessus? Der Erste meint, die „Armuts-

reduktionsprogramme" sollten möglichst breit abgestützt sein, sich jedoch strikt an die Essentials halten, die die „transnationale Weisheit" vorschreibt. Camdessus verrät uns, dass der sogenannte Kampf gegen die Armut als Legitimierung „anhaltender Reformen" zu betrachten ist, also der Zurichtung von Gesellschaften, Klassen, Menschen auf die Erfordernisse „des Marktes". Ein typisches Zitat zum analytischen Overkill, zu dem die Weltbank angesichts der „ultimativen" Bedrohung bereit ist: „Politik-Formulierung sollte von einer desaggregierten Kenntnis davon ausgehen, wer die Armen sind, wo sie leben und was die Quelle ihres Lebensunterhaltes ist. Dies ermöglicht eine Exploration der Armutsdeterminanten, welche soziale Sektoren einschliesst, sich aber nicht auf sie beschränkt" (Worldbank http). Solche Begrifflichkeit fällt in mehreren Weltbankpapieren auf. Während die vielen Bekenntnisse der Internationalen Finanzinstitute zur „Armutsreduktion" vage bleiben, verdichten sich die Hinweise auf eine bessere Datenerfassung des Armutsproblems. Gerade haben Weltbank, Fonds, OECD und UNO-Agenturen die Einführung eines einheitlichen statistischen Erfassungsmodells beschlossen, den in ihrem Verständnis relevanten Beitrag zur „Armutsreduktion". Dahinter steckt wohl nicht einfach „technokratischer Wahn" – eher das Verhältnis des Forschers zum Insekt unter dem Mikroskop. Kein Sterbenswörtchen fällt je zu dem, was Armut verursacht, oder gar zu den Armen, stattdessen statistische und soziologische Erfassung der davon Betroffenen, der „ultimativen Gefahr" für das System der Amutserzeugung.

Weiter haben wir nicht überraschend einen Zusammenhang von Subsistenzverwertung und Modernisierung zur Kenntnis nehmen müssen. Camdessus sprach sich für die „Anwendung angemessener sozialer Netze" zwecks Absicherung einer „disziplinierten Geldpolitik" aus. Wolfensohn beschrieb in seinem Diskussionspapier diese Netze als „informelle Arrangements, familiäre oder Stammesunterstützung oder regierungsgesponsorte Programme". Einen mit Subsistenzverwertung zusammenhängenden Teil dessen, was unter Armutsreduktion zu verstehen ist, machte die Weltbank, von vielen NGO als soziale Schwester der Finanzinstitute romantisiert, vergangenen Oktober in unmissverständlicher Weise klar. Sie veröffentlichte einen Aufruf der Multilobby Consultative Group for International Agrarian Research (CGIAR). Die auch von der Schweiz/DEZA mitfinanzierte CGIAR und Sponsorin Weltbank riefen darin nach einer „Neuen 'Grünen Revolution', mächtiger und umfassender als jene vor 30 Jahren". Denn „die Macht der Wissenschaft und der Informationstechnologie muss zum Nutzen der Armen der Welt" eingesetzt werden. Gentech könne die „Nahrungsproduktion verdoppeln" (Worldbank http). Auch in ihren HIPC-Papieren kommt die Bank immer wieder auf die Notwendigkeit agrarischer Exporte zu sprechen – an Stelle von lokaler und altbewährter Nahrungsproduktion als Mittel der Armutsminderung.

Das „umfassende Konzept der Armutsreduktion" bringt also unter das selbe Begriffsdach den planetaren Anspruch einiger Gentechmultis und, in der Diktion des IWF-Chefs, ein „politisches Umfeld" für „eine gesunde Geldpolitik". Ist es im Zeichen neuer „Unverkrampftheit" tatsächlich nötig, dreissig Jahre nach den verheerenden Erfahrungen der *Grünen Revolution* entwicklungspolitischen Gruppierungen die selben Argumente entgegenzuhalten wie einer Novartis-Stiftung, wenn wir mit dieser im „Dialog" stünden? Was lässt zivilgesellschaftliche Herzen seit Köln denn so höher schlagen?

Die HIPC-Initiative bleibt, was sie war: ein Instrument zur Durchsetzung der Strukturanpassung samt davon abhängiger Feineinstellung des Schuldendienstes. „Das neue Ziel ist, Programme zur substantiellen und nachhaltigen Stärkung der Zahlungsbilanzposition zu stützen, welche zu höherem Lebensstandard und einer Armutsreduktion führt" (IMF/IDA 1999). *Entsprechend* der realisierten Strukturanpassung wird ein kleiner Teil der Gesamtschulden im Rahmen eines von den Finanzinstituten konzipierten „nationalen" Programmes der Armutsreduktion in die Ausbildung und Gesunderhaltung der erforderlichen Exportarbeitskraft investiert. Phantastisch, wenn es der betreffenden Regierung gelingt, nicht nur ihr Finanzministerium, sondern andere Regierungsteile und die sogenannte Zivilgesellschaft in die *Ausgestaltung* des Planes einzuspannen – Ownership! Wenn nicht, erinnern wir uns an Wolfensohn: „In anderen Ländern werden die Ziele weiterhin zentralistischer bestimmt werden" – nach Massgabe der Finanzinstitute. Uganda mit seinem breit konzertierten Entwicklungsplan wird als Beispiel für eine gelungene Partizipation genannt. Die Regierung Museveni scheint, wenn Oxfam zu glauben ist, eine beachtliche Transparenz in Sachen Sozialausgaben hergestellt zu haben. Schön. Leider kommt auch diese Regierung nicht drum herum, pro Kopf $ 9 für den Schuldendienst und $ 3.8 für Gesundheit auszugeben (Uganda Debt Network).

Im direkten Gespräch hatten nach den Zerstörungen des Wirbelsturmes Mitch von 1998 in Zentralamerika Vertreter des US-Finanzministeriums begründet, warum Honduras und Nicaragua, beide in der HIPC-Ländergruppe, die Schulden nicht ersatzlos gestrichen werden könnten: damit würden die Einflussmöglichkeiten auf ihre Politik eingeschränkt (Ambros 1999). Es wäre vermessen zu behaupten, diese realistische Sichtweise des Schuldenproblems löse bei unseren spezialisierten NGO Quantensprünge der Erkenntnisse aus. Weit suchen nach Erläuterungen müssten sie nicht, die Organisationen von Jubilee North, die sich übrigens stets Jubilee International nennen. Es gibt, vor allem im südlichen Afrika, einige Jubilee-Kampagnen, die sich im Rahmen von Jubilee South zu Wort melden.[7] So begierig waren einige (Jubilee-Landesorganisationen), sich mit den Bretton Woods-Instituten und ihren sozialdemokratischen Regierungen zu „engagieren", dass sie die entscheidende Thematisierung der Strukturanpassung

trotz Container voller Beweise über deren zerstörerischen Auswirkungen links liegen liessen. Was Wunder, dass die Finanzinstitute nur allzu bereit waren, sich dort zu engagieren, was sie als sachlich qualifizierte Gespräche bezeichneten, entleert jeglicher historischer Fakten ... Nachdem sie weitere Komponenten der globalen Verarmung und der Herrschaft der Multis absichtlich unterschlagen haben, sind einige wichtige Kampagnen dazu übergegangen, über die Art der dem Süden aufzuerlegenden Konditionalität zu verhandeln. Selbsternannte VertreterInnen der Armen im Süden machten riesige Zugeständnisse hinsichtlich der Bedingungen des Schuldenerlasses – Bedingungen, welche langfristig die alten historischen Muster modernisieren und legitimieren, wie 'Zivilisation' – heute Good Governance (gute Regierungsführung) genannt – den Wilden im Süden aufgezwungen werden kann." (Jubilee South) Was da hinter der Bühne humanitärster Rechtschaffenheit abgelaufen ist, lassen folgende Sätze aus dem gleichen Papier erahnen: „Vielen, im Norden wie im Süden, wurde gesagt, die Konzentrierung auf Illegitimität[8] fallen zu lassen und stattdessen die Sicht des Nordens – „Tragfähigkeit" – zu unterstützen. Die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen diesen beiden Ansätzen wurde in Abrede gestellt. Für wichtige Sektoren im Süden gab es eine intensive „Lobby" durch Kampagnen des Nordens und Entwicklungshilfe-Agenturen, damit sie ein modifiziertes neoliberales Paradigma akzeptierten.

„Kreative Entschuldung"?

Damals im Gefolge der Entschuldungspetition der Hilfswerke von 89/90 und der 700-Jahrfeier richtete das Parlament einen mit Fr. 500 Mio. dotierten Fonds zum Aufkauf bilateraler Forderungen der Schweiz ein. „Von grossem internationalem Interesse ist vor allem das von den Hilfswerken entwickelte Konzept der „kreativen Entschuldung": Die durch den Schuldenerlass der ursprünglichen Exportkredite eingesparten Gelder müssen von der Schuldner-Regierung teilweise in Landeswährung in einen sogenannten Gegenwertfonds einbezahlt werden. Daraus werden in 12 Ländern (unter Beteiligung der Entschuldungsstelle und von NGO des Südens) Projekte für die ärmere Bevölkerung finanziert." (Vgl. Süd-Magazin 9/99)

So weit, so gut. Aber eine Schweizer Entschuldung und damit allenfalls ein Gegenwertfonds kommen nur mit offizieller Unterstützung des EVD-Staatsekretariates für Wirtschaft in Frage. Und die hängt von der „Performance des Schuldners" in Sachen verordneter „gesunder Wirtschaftspolitik" ab. Der Gegenwertfonds stellt also tatsächlich nur das berühmte Pflaster nach der Liberalisierungs-Prügelorgie dar. Ein helvetisches Vorspuren für die Strategie der Armutsreduktion à la Köln und Weltbank also.

Was bewegt die NGO zu ihrem Tun? In ihren Papieren fällt eine gewisse Begriffskonfusion auf. Sie wissen natürlich um die Sozialschädlichkeit der Strukturanpassungsprogramme. In ihren HIPC-Papieren sind oft statistische Angaben zur sozialen Schreckenslage nachzulesen, die Forderungen

nach Abkoppelung der Schuldenproblematik von der Strukturanpassung ist durchaus vertretbar. Aber hierzu gibt es zwei prinzipielle Einwände: Zum einen wird dieser Kritikpunkt in einem Atemzug mit dem Reformbedarf etwa bei den Tragfähigkeitskriterien oder der Erörterung der Vor- und Nachteile der diversen Modifizierungsinitiativen seitens der wichtigsten Nordregierungen vorgetragen. Die vermeintlich tiefe Kluft zwischen Weltbank und IWF nimmt ihr Interesse auf der gleichen begrifflichen Ebene gefangen wie die oberflächliche Kritik an der Strukturanpassung. Kein Wunder, wird uns dann als Bilanz präsentiert, dass die Resultate der Strukturanpassungsprogramme „in der Vergangenheit sehr zweifelhaft" gewesen seien (Süd-Magazin 9/99).

Zum anderen blendet die Kritik der NGO an den Strukturanpassuungsprogrammen die sozialen Widerstandsbewegungen aus. Camdessus weiss, wovon er spricht: Zweimal in den letzten zwölf Monaten sind in Ecuador seine Anpassungspläne in Aufständen durchkreuzt worden. Die „Armen" traten organisiert als geschichtsmächtige Kräfte in Erscheinung, eben gerade nicht im Workshop der NGO und der aufgeklärten UNO-Agentur. Ich habe nur beim internationalen, in den USA domizilierten Netzwerk Development GAP mehr als eine flüchtige Erwähnung sozialer Subjekte gesehen; dort allerdings in einem seltsamen Zusammenhang. Gemeinsam mit der Weltbank betreibt GAP in zehn Trikontländern eine Sozialerhebung zu SAP unter erklärtem Einbezug gerade von Frauenorganisationen und Gewerkschaften. Entsprechend kritisch sind die eingetroffenen Zwischenberichte. Doch die Frage stellt sich: Geht es um empirische Daten für die „internationale Gemeinschaft" oder um Organisierung des sozialen Kampfes? Um Feinabstimmung des post-neoliberalen Gesellschaftsmanagements? Zieht die Gewerkschaft im Workshop die Washingtoner Bürokratie über den Tisch, da sie sich womöglich auf diesem in Hotels angesiedelten Kampfterrain besonders gut auskennt, oder wird das Kader der Sozialbewegungen durch NGO-TechnokratInnen von der eigenen Soziallogik entfremdet und letztlich umgedreht? Hoffnungsschimmer aufkommen lässt im Moment der Bericht aus El Salvador. Der dort von GAP und Weltbank betraute Thinktank verfügt trotz des „Erfolgs" der abgehaltenen Workshops nicht ohne weiteres über die Kapazität, die seit einem halben Jahr hartnäckig gegen die Politik der Strukturanpassungsprogramme kämpfenden Gewerkschaften einzubinden.

Die Nähe zu den Kommandos der transnationalen Macht hängt gewiss mit der Erfahrung des „Dialogs" zusammen. Die Angestellten in den staatlichen und multilateralen Institutionen erweisen sich als Menschen, die ihre Seele nicht, wie IWF-Vize Stanley Fischer mal sagte, in der Tiefgarage parken. Armutsminderung ist ihnen durchaus ein Anliegen. Warum also nicht gemeinsam das Problem lösen? Ein „unvoreingenommener", also nicht-bewusster Dialog mit den Angestellten aus den Apparaten ist nicht ungefährlich: Man übernimmt leicht dabei die parzellierte, deshalb wirksame Wertung der Macht. Zum anderen sind die Dialogisierenden meist durch Lebenswelten getrennt von denen, die kämpfen oder unter die Räder der

konkretisierten Machtlogik kommen. Das ist keine geographische, sondern eine soziale Frage.[9] Was dagegen tun? Es reicht nicht, Daten zur sozialen „Schädlichkeit" der Strukturanpassungsprogramme zu sammeln. Wir werden (wieder) lernen müssen, uns auf jene Kräfte zu beziehen, die dagegen kämpfen. Die alte Frage „Auf welcher Seite stehst du?" beantworten auch die NGO praktisch, so oder so.

Die HIPC-Dokumente des IWF sind zu finden auf: www.imf.org.external, jene der Weltbank auf www.worldbank.org/html/extdr/hipc.htm

Anmerkungen

1 Die kirchlich inspirierte internationale Erlassjahr- oder Jubilee-2000-Kampagne sammelte weltweit 17 Millionen Unterschriften für einen Schuldenerlass und mobilisierte u.a. zum G7-Gipfel vom letzten Sommer in Köln für einen Schuldenerlass für arme Länder des Trikonts.
2 Terms of Trade und Migration sind klassische Menchanismen über die gewaltige und gewaltsame Transfer von Reichtum aus der Subsistenz in die Kapitalverwertung erfolgen.
3 Ein alter Trick, der darin besteht, dass dann diese Gelder in Form auflagengebundener Kredite wieder zurückfliessen. Die lokalen Eliten können ihre menschenfeindliche Politik so auf anonyme Mächte wie den IWF zurückführen.
4 Für 1995-97 etwa reklamierte der IWF als Sozialerfolg seiner Strukturanpassung einen Anstieg im Prokopfeinkommen in den ESAF-Ländern. Realer Auslöser: Eine vorübergehende allgemeine Verbesserung in den Terms of Trade, die seit der Asienkrise Geschichte ist (Oxfam-2).
5 Für eine ausführliche Bewertung der Konsultationen s. IWF/Weltbank, 2.4.99.
6 Was vor allem Identifizierung bedeutet, Verinnerlichung des Programmes.
7 Bis vor kurzem war auf den Homepages der Jubilee North-Gruppen kein Link auf die Hompage von Jubilee South zu finden, nur Querverbindungen untereinander.
8 Illegitime Schulden sind jene zu Schulden führenden Kredite an diktatoriale und korrupte Regimes, die nie denen zugute gekommen waren, von denen heute ihre Bezahlung gefordert wird, und zwar von jenen, die damals die Kredite im Wissen um diese Zusammenhänge gegeben haben. Real natürlich der absolut überwiegende Teil der Trikontschulden.
9 Generell zur Politik neuer Mittelschichten: Detlef Hartmann. Zivilgesellschaft und sozialer Krieg. Verlag Schwarze Risse, Rote Strasse. Berlin. Erscheint 2000.

Literatur

Ambrose, Soren, 1999: Multilateral Debt. Global Justice. Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel

Camdessus, Michel, 1999: International Financial Policy in the Context of Globalization. IWF, 11. Okt.

Camdessus, Michel, 1999: From the Crises of the 1990ties to the New Millennium. IWF, http://www.imf.org/external/np/speeches

Ferrari, Sergio, 1999: Annuler la Dette. Service de Presse. E-changer, Nr.10

IWF/Weltbank, 1999: Ideas Shared. 2. April

IWF/Weltbank, 1999: HIPC-Initiative – Perspectives on the Current Framework and Options for Change. 2. April

IWF/IDA, 1999: Poverty Reduction Strategy Papers. Status and Next Steps. 19. Nov.
Jubilee pre-Cologne Strategy, 1999: Notes for a Necessary Debate. http://www.jubileesouth.net
Jubilee, USA, 1999: Overview of G7 June 1999 Debt Relief Initiative. http://www.j2000usa.org/debt/cologne.html
Oxfam Policy Paper, 1999: ESAF Reform and the Poor. 24. Sept. http://www.oxfam.org/uk
Süd-Magazin, 1999: Entschuldung braucht neue Wege. Nr. 9, Entschuldungsstelle, Bern
Toussaint, Eric, 1997: La Bourse ou la vie. Bruxelles
Uganda Debt Network/UDN, 1999: Declaration of Jubilee 2000. Uganda Campaign. http://www.ugand.co.ug/debt
Watkins, Kevin, 1999: The IMF – wrong diagnosis, wrong medicine. Oxfam
Weltbank, 1999: Building Poverty Reduction Strategies in Developing Countries. http://worldbank.org/html/cgiar/press/re19910.html
Wolfenson, James, 1999: A Proposal for a Comprehensive Development Framework. 21. Jan.

GEGENSTANDPUNKT
Die politische Vierteljahreszeitschrift 3-99

Nachtrag zur Chronik des Kosovo-Kriegs: **Die Kapitulation**
Der Balkan-Krieg der NATO: Eine unparteiliche, also abweichende Bilanz. Wie die beteiligten Nationen kalkulieren. Ein Überblick.
Schuldenerlaß für "hochverschuldete arme Länder". **Der Imperialismus wird menschlich: Almosen-Protektorate für die "Ärmsten der Armen"**
Demokratie auf afrikanisch: **Fünf Jahre schwarze Herrschaft in Südafrika - also Herrschaft über Schwarze**

Pfingsttreffen der Sudetendeutschen * "Gesundheitsreform 2000" * Ausländer RAUs * Dioxin-Skandal * Moderne Tagelöhnerei * Netzwerk Grün-Links-Alternativ * Riesters Reformrentner * "katholische Kirche läßt Frauen im Stich" * Trittin hält die Stellung * EU: man spricht Deutsch! * Falun Gong Sekte in China verboten * Von der Würde eines Huhns * Pakistan und Indien testen ihre Macht * Rekrutengelöbnis * Taiwan * Marokko * "Richtungsstreit" in der SPD * UNO und Armut * Hire und Fire im Kreml * Ignatz Bubis * Erdbeben in der Türkei

ISSN 0941-5831 SF 25.- Jahresabonnement (inkl. Porto & Versand) SF 100.-
Erhältlich im Buchhandel oder direkt über GEGENSTANDPUNKT-Verlag. Türkenstr. 57, D-80799 München, Tel. (089) 2721604